

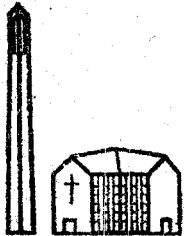
# AKTIONSGEMEINSCHAFT DER BÜRGERINITIATIVEN GEGEN DIE VERLEGUNG DER AUTOBAHN 4

Arnoldsweiler Buir Elsdorf Manheim Merzenich Morschenich e.V.

Sprecher: Dipl.Ing. Peter Inden,  
von Arndt Str. 6, 50170 Kerpen-Buir,  
Tel: 02275/5518, Fax: .../5529,  
e-Mail: peter.inden@netcologne.de

29. März 1997

Vertreter der Naturschutzverbände NRW im Unterausschuß - und im Arbeitskreis Hambach.



## EVANGELISCHE GEMEINDE ZU DÜREN

An den  
Petitionsausschuß  
Bundeshaus  
53113 Bonn

## Eingabe einer Petition zum geplanten Braunkohle-Großkraftwerk in Niederaußem.

Sehr geehrte Frau Nickels,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
die Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4, die evangelische Gemeinde zu Düren und die katholische Kirchengemeinde von Buir, Blatzheim und Manheim beantragen folgende Feststellung:

**Der durch RWE/Energie beabsichtigte Kraftwerksneubau in Bergheim-Niederaußem ist mit den Zielen der Klimaschutz-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages unvereinbar. Die Kölner Bezirksregierung sollte somit eine Baugenehmigung nicht erteilen.**

Die Baugenehmigung ist bereits bei der Bezirksregierung in Köln beantragt worden. RWE/Energie rechnet damit, die Genehmigung im November 1997 zu erlangen.

Wir würden uns über einen Ortstermin des Petitionsausschusses freuen. In diesem Rahmen würden wir gerne einen Situationsbericht abgeben und Ihnen die Auswirkungen vor Ort schildern.

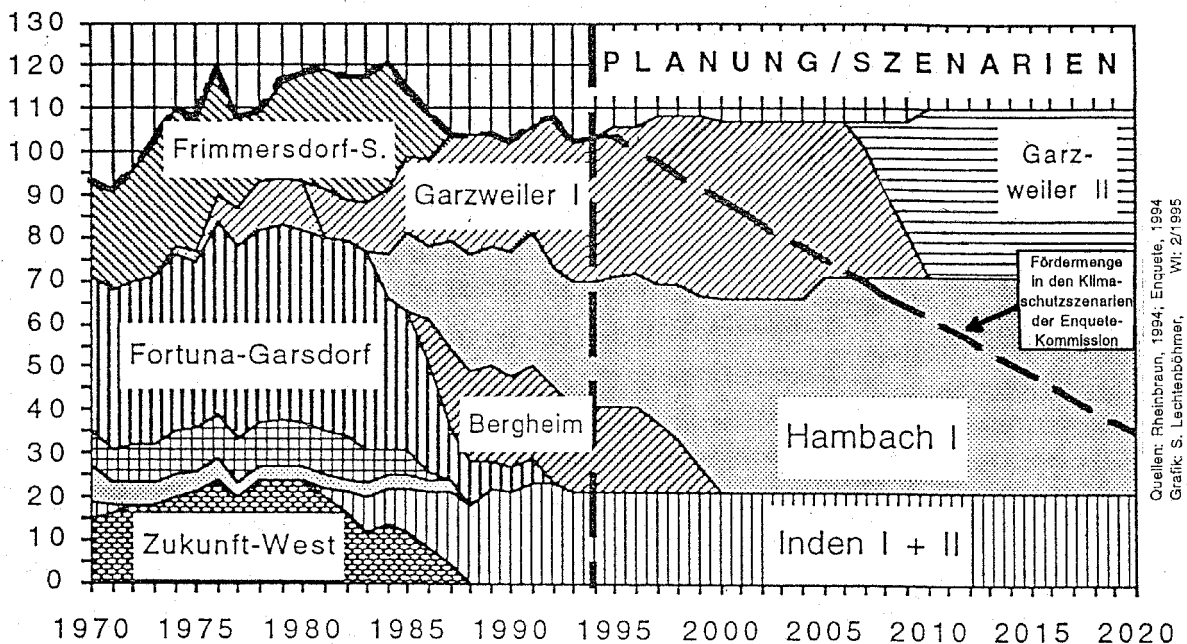
### Begründung der Petition:

Auf Empfehlung der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ hat sich die Bundesregierung bereits 1991 verpflichtet, die energiebedingten Emissionen des wichtigsten Treibhausgases Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in Deutschland bis zum Jahr 2005 um mindestens 25% gegenüber dem Basisjahr 1987 zu verringern. Während der Rio-Nachfolgekonferenz in Berlin 1995, haben sowohl der Bundeskanzler, als auch die Umweltministerin diese Absicht noch einmal öffentlich bekräftigt und ihre Entschlossenheit damit auch in internationalem Rahmen bekräftigt. Hierbei hat der Kanzler das ursprünglich auf der Basis 1987 formulierte Ziel auf der Basis 1990 neu definiert und damit, bezogen auf 1987, auf 28,8% verschärft.

Da die Rückhaltung und Entsorgung des Treibhausgases Kohlendioxid zwar technisch denkbar, aber wegen der hohen Energieverluste unrealistisch ist, muß aus Klimaschutzgründen die Förderung und die Verstromung von Braunkohle schrittweise von jetzt rund 101 Millionen Tonnen Jahresförderung stark reduziert werden. RWE/Rheinbraun halten aber nach wie vor an der langfristigen Sicherstellung einer Förderkapazität von bis zu jährlich 110 Millionen Tonnen Braunkohle fest.

Das Kraftwerks Modernisierungs Programm der RWE/Energie trägt absolut gesehen nicht zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei, da die zu verstromende Menge an Kohle konstant bleiben soll. Es wird lediglich eine spezifische, aber keine absolute CO<sub>2</sub> – Minderung versprochen.

Braunkohlenförderung im Rheinischen Revier nach Tagebauen  
Fördermengen und Planungen von 1970 bis 2020



Quellen: Rheinbraun, 1994; Enquete, 1994  
 Grafik: S. Lechtenböhrner, Wi: 2/1995

Klimaverträgliche Braunkohlenfördermenge lt. Enquete-Kommission, 1994; 2005: 75Mio.t; 2020: 35Mio.t

Die Wirkungsgradsteigerung wird die Überproduktion an Strom vorantreiben. Die Ziele der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ können aber nur unter Berücksichtigung der rückläufigen Stromnachfrage und daraus folgend, durch das Zurückfahren der Tagebaue erreicht werden.

Als wesentlicher Bestandteil einer Klimaschutzstrategie, die den CO<sub>2</sub> Reduktionszielen der Bundesregierung am nächsten kommt, kann die Substitution kohlenstoffreicher durch kohlenstoffarme Energieträger angesehen werden. Erdgas weist, bezogen auf den gleichen Energiegehalt des Brennstoffes eine 50% geringere spezifische CO<sub>2</sub> Emission auf als Braunkohle. Zudem ermöglicht der Energieträger Erdgas effizientere und wirtschaftlichere Umwandlungstechniken. Gaskraftwerke sind die billigste Form der Energierzeugung. Eine zusätzliche Nachfrage nach Gas zur Stromerzeugung kann leicht durch Gaslieferungen aus Norwegen, Rußland oder durch eine Anbindung an Großbritannien gedeckt werden.

Die Investitionskosten für das neue 900MW Großkraftwerk in Niederaußem werden auf 2,7 Mrd.DM beziffert, das entspricht ca. 3000 DM/kW installierter Leistung. Dem stehen 700 DM/kW für den Bau eines Gaskraftwerks mit ausgekoppelter Prozeßwärme gegenüber. Auch Kleinwort Benson Research der Dresdner Bank Gruppe bescheinigt RWE eine falsche strategische Ausrichtung im Braunkohlesektor.

Durch den verstärkten Einsatz von Erdgas entfallen die geplanten Produktionssteigerungen im Tagebau Hambach I, der ja bekanntlich der alleinige Kohlelieferant für das geplante Großkraftwerk Niederaußem ist. Der Energiemix des Enquete Klimaschutzszenarios benötigt 2020 lediglich 35Mio.Jahrestonnen Braunkohle aus dem Rheinischen Revier. Wird das geplante Großkraftwerk Niederaußem jedoch gebaut, so bedeutet das das Aus für die CO<sub>2</sub> Reduktionsziele der Bundesregierung.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß z.B. die Wedal-Leitung der Wingas das Niederaußemer Kraftwerksgelände zum geplanten Fertigstellungstermin 2002 um wenige hundert Meter tangieren wird, regen wir hiermit den Bau mehrerer kleiner Gaskraftwerke mit Auskopplung der Prozeßwärme, in unmittelbarer Nähe zu Ballungszentren, als Alternative an. So können Gesamtwirkungsgrade von 84% erreicht werden. Nur so kann die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung konsequent verfolgt und auch erreicht werden.

Für eine kurzfristige Bestätigung des Eingangs und die Mitteilung der Bearbeitungsnummer dieser Petition sind wir Ihnen dankbar.

Herzliche Grüße

Frank Welter, Phillipstr. 4, 52349 Düren, Evangelische Gemeinde zu Düren

Georg Neuhöfer, Eichenstr.4, 50170 Kerpen-Buir  
Katholische Kirchengemeinde von Buir, Blatzheim und Manheim

Waltraud Schnell, Leipziger Str. 20, 50170 Kerpen-Buir, Tel: 02275/1444  
Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4.  
Assessorin d.L., Naturschutzbund Erftkreis

Peter Inden, Adresse siehe oben  
Sprecher der Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4.  
Vertreter der Naturschutzverbände Nordrhein-Westfalen im Unterausschuß - und im Arbeitskreis Hambach.

Josef Winkel, Bergheimer Str.3, 50170 Kerpen-Manheim  
Bürgerinitiative Manheim gegen die Verlegung der A4  
Betroffener Bürger

Alfred Pietsch, Tannecker Str, 50170 Kerpen-Manheim, Tel: 02275/4323  
Bürgerinitiative Manheim gegen die Verlegung der A4  
Betroffener Bürger

Beate Pietsch, Tannecker Str, 50170 Kerpen-Manheim, Tel: 02275/4323  
Bürgerinitiative Manheim gegen die Verlegung der A4

Betroffene Bürgerin

Marianne Kirsch, Kirchenstr.32, 50170 Kerpen-Buir, 02275/282  
Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4

Susanne Kaiser, Am Hansgraben 3, 52353 Düren-Arnoldsweiler, Tel.: 02421/392617  
Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4  
Bund für Umwelt und Naturschutz Arnoldsweiler

Marianne Berneis, Sonnenblumenstraße 30, 50170 Kerpen-Manheim, Tel: 02275/1558  
Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4.  
Betroffene Bürgerin

Helmut Heimann, Krankenhausstr. 7, 50170 Kerpen-Buir, Tel: 02275/4024  
Bürgerinitiative Buir gegen die Verlegung der A4

Josef Rambossek, Tanneker Str. 9 , 50170 Kerpen-Manheim, Tel: 02275/1696  
Stadtrat der Stadt Kerpen.

Alfred Beier, Jägerring 13, 50170 Kerpen-Manheim, 02275/6508  
Bürgerinitiative Manheim gegen die Verlegung der A4  
Betroffener Bürger

Anlage:

Lageplan der Wedal-Leitung zum Kraftwerk Niederaußem.

